

abschätzung ohnehin in vielen Fällen vorgenommen werden müsse, sei der Weg zur Veröffentlichung nicht mehr weit. Notfalls könnten Verantwortliche die Folgenabschätzung um sicherheitsrelevante Aspekte bereinigen und eine leicht abgespeckte Variante veröffentlichen, so Diercks.

## Österreich macht es vor

Dass das Robert Koch-Institut die Folgenabschätzung der Datenspende-App nicht proaktiv veröffentlichte, sei wenig vertrauensbildend, findet Diercks. Auch Bergemann sieht die Behörden bei Corona-Apps in einer Bringschuld. „Das sind Hochrisiko-Technologien, die flächendeckend eingesetzt werden sollen. Da muss der Staat gegenüber den Nutzern grundrechtskonform funktionieren.“

Folgenabschätzungen seien kein Ersatz für die Kontrolle der Technologien und ihre Folgen. „Die Kontrolle ist die Voraussetzung dafür, dass wir sie gesellschaftlich kontrollieren können.“ Inzwischen fordert auch der Europäische Datenschutzausschuss<sup>12</sup>, also das Gremium aller nationalen Datenschutzaufsichtsbehörden der EU, die Veröffentlichung der Folgenabschätzungen für Tracing-Apps.

Wie das konkret aussehen kann, demonstriert in Österreich das Rote Kreuz. Schon früh hatte die Organisation zusammen mit der Beratungsfirma Accenture in der Alpenrepublik die „Stopp Corona“-App an den Start gebracht. Mitte April wurde die gut 100 Seiten starke Folgenabschätzung veröffentlicht. Mehrere NGOs konnten zudem den (inzwischen ebenfalls veröffentlichten) Source Code einsehen und haben die Anwendung auf dieser Basis geprüft<sup>13</sup>.

Tomas Rudl

## Die Krise als Hebel für Überwachung und Kontrolle

*Weltweit bauen demokratische Staaten Grundrechte ab, um gegen das Coronavirus vorzugehen. Manchen Regierungen scheint das aber nur ein vordergründiges Anliegen zu sein. Leichtfertig abgesegnet könnten temporäre Maßnahmen zur Dauereinrichtung werden – und zum Schuss ins eigene Knie.*

Ein ausgeschaltetes Parlament, langjährige Haftstrafen für das Verbreiten von „Falschnachrichten“ oder für Verstöße gegen das Ausgehverbot: So weit wie das von Viktor Orbán regierte Ungarn ist bislang noch kein EU-Land gegangen, um die Coronakrise einzudämmen. Sollte das Parlament dem Gesetzentwurf nächste Woche mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit zustimmen – wovon Beobachter des Landes ausgehen<sup>1</sup> –, dann hätte Ungarn bis auf Weiteres sein demokratisches und schon länger humpelndes Experiment beendet.

In aller Welt versuchen derzeit die Regierungen<sup>2</sup>, schnell die richtige Antwort auf die Pandemie zu finden. Manche, darunter Orbáns rechte Fidesz-Partei, scheinen eher die Gunst der Stunde zu nutzen, um ihre Macht abzusichern und ihre Kritiker zum Verstummen zu bringen, als mit demokratischen Mitteln die aktuelle Gesundheitskrise in den Griff zu bekommen.

Ihr Fazit: Es gibt Verbesserungsvorschläge, aber alles in allem ist die Anwendung sicher und datenschutzfreundlich. Wer dem Urteil der ExpertInnen nicht traut, kann sich nun immerhin selbst ein Bild machen. Denn Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2020/datenschutz-folgenabschaetzung-dsgvo-vertrauen-ist-gut-kontrolle-ist-besser/>

## Anmerkungen

- <https://netzpolitik.org/2020/faq-corona-apps-die-wichtigsten-fragen-und-antworten-zur-digitalen-kontaktverfolgung-contact-tracing/>
- <https://www.fiff.de/presseservice/2020/04/2020-04-16-ds-gvo/>
- <https://www.fiff.de/presseservice/2020/04/2020-04-16-ds-gvo/>
- <https://www.fiff.de/presseservice/2020/04/2020-04-16-ds-gvo/>
- <https://netzpolitik.org/2020/die-datenspende-app-braucht-mehr-transparenz/>
- <https://www.fiff.de/presseservice/2020/04/2020-04-16-ds-gvo/>
- <https://netzpolitik.org/2020/welche-technologie-bietet-den-besseren-datenschutz/>
- <https://ainowinstitute.org/aiareport2018.pdf>
- <https://www.forum-privatheit.de/download/datenschutz-folgenabschaetzung-3-auflage-2017/>
- [https://ec.europa.eu/newsroom/article29/item-detail.cfm?item\\_id=611236](https://ec.europa.eu/newsroom/article29/item-detail.cfm?item_id=611236)
- <https://fragdenstaat.de/anfrage/datenschutz-folgeabschaetzungen/>
- [https://edpb.europa.eu/sites/edpb/files/files/file1/edpb\\_guidelines\\_20200420\\_contact\\_tracing\\_covid\\_with\\_annex\\_en.pdf](https://edpb.europa.eu/sites/edpb/files/files/file1/edpb_guidelines_20200420_contact_tracing_covid_with_annex_en.pdf)
- [https://epicenter.works/sites/default/files/analyse\\_stopp\\_corona\\_app\\_v1.0.pdf](https://epicenter.works/sites/default/files/analyse_stopp_corona_app_v1.0.pdf)
- <https://pgp.mit.edu/pks/lookup?op=get&search=0x05550760A5E4E814>



Christl. „Es besteht die Gefahr, dass Firmen und Staaten dabei bleibende Fakten schaffen. Viel mehr noch als nach 9/11.“

Bislang blieb Deutschland von überbordenden und drakonischen Maßnahmen weitgehend verschont, selbst wenn der eine oder andere Testballon aufgestiegen<sup>6</sup> ist. Dennoch kommt es auch hierzulande zu Grundrechtseinschränkungen<sup>7</sup>, etwa zu Ausgangssperren. Das mag gerechtfertigt erscheinen, um eine Gesundheitskatastrophe zu verhindern.

Allerdings mahnte jüngst die Rechtswissenschaftlerin Andrea Edenharter<sup>8</sup>, die Balance zu wahren: „Ebenso wie eine bloße *laissez faire*-Strategie fehl am Platze wäre, darf in die Freiheitsrechte der Bürger trotz der Krise nicht in verfassungswidriger Weise eingegriffen und auf diese Weise eine faktische Entmündigung der Bevölkerung vorgenommen werden.“

## 2. Aktionismus wirkt oft

Zuweilen nehmen solche Bestrebungen beinahe amüsante Ausmaße an. In Polen beispielsweise müssen in Heim-Quarantäne gesteckte Bürger via Selfie nachweisen, sich tatsächlich zu Hause aufzuhalten. Antworten sie nicht innerhalb von 20 Minuten oder verweigern die Installation der dazu notwendigen App, dann hört der Spaß schnell auf<sup>9</sup>: Sie müssen mit einem Polizeibesuch und Geldstrafen rechnen.

Wenig zu lachen hatten auch Menschen, die aufgrund überstürzter Grenzschließungen nicht nach Hause konnten und Schleichwege nehmen mussten. Wie in einem Film aus Zeiten des Kalten Krieges soll es an der deutsch-polnischen Grenze ausgesehen haben, berichtet die Historikerin Anne Applebaum<sup>10</sup>. Straßensperren und bewaffnete Streifen sollten ein Gefühl der Sicherheit vermitteln.

Dass es dabei zu einer laut dem Deutschen Roten Kreuz „humanitär bedenklichen Situation“ gekommen ist, die eher Aktionismus als eine wirksame Maßnahme gegen die Corona-Ausbreitung war und die Sperren inzwischen gelockert<sup>11</sup> werden mussten, scheint keine große Rolle gespielt zu haben. In Krisenzeiten eignet sich Symbolpolitik<sup>12</sup> hervorragend dazu, das Image eines „Machers“ zu stärken – wie es dem rechtskonservativen polnischen Präsidenten Andrzej Duda bislang gelungen ist, der sich im Mai seiner Wiederwahl stellen will und in Umfragen meilenweit vorne liegt.

Selbst US-Präsident Donald Trump, der noch vor wenigen Wochen die Coronakrise als einen von den Medien inszenierten „Hoax“ bezeichnete, seinen wissenschaftlichen Beratern das Leben zur Hölle<sup>13</sup> macht und neuerdings (mit einiger Sicherheit fälschlicherweise) davon ausgeht, die Krise bis Ostern<sup>14</sup>

bewältigt zu haben, kann sich über Höhenflüge in Meinungsumfragen<sup>15</sup> freuen. 60 Prozent der Befragten bescheinigen ihm derzeit, gute Arbeit in der Krisensituation geleistet zu haben. Nichtsdestotrotz unternahm sein Justizminister Bill Barr kürzlich einen ersten Versuch, die Situation für massive Grundrechtseinschränkungen<sup>16</sup> zu nutzen, scheiterte vorerst aber an parlamentarischem Widerstand.

„Wir müssen wachsam sein“, sagte der Soziologe Richard Sennett dem Tagesspiegel<sup>17</sup>. Der Brite macht sich Sorgen darum, dass die Notfallmaßnahmen, wie sie nun überall ergriffen werden, dauerhaft installiert bleiben. „Mehr Überwachung, mehr Kontrolle könnte die bisherigen Regelungen ersetzen, legitimiert durch die Krise, aber über ihre zeitlichen Grenzen hinaus“, warnt Sennett.

## 3. Südkorea will Überwachungspraxis überdenken

Dabei ist gar nicht sichergestellt, dass rigorose Überwachung tatsächlich mehr hilft als schadet. In Südkorea etwa, das von CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn am Montag lobend für sein Handy-Tracking erwähnt wurde, kam es zu einer Reihe an Datenschutzskandalen<sup>18</sup>. Leichtfertig veröffentlichte Details aus dem Privatleben von möglicherweise mit dem Coronavirus infizierten führten zu Online-Hetzjagden, Verschwörungstheorien und Erpressungsversuchen.



Der Himmel über Seoul – Foto: Nina Evensen

Und letztlich zu der Ankündigung der südkoreanischen Gesundheitsbehörden, ihre bisherige Praxis überarbeiten zu wollen<sup>19</sup>. Sie fürchten, die Vorfälle könnten Menschen davon abhalten, sich testen zu lassen – was die bis dahin geschafften Erfolge umgehend zunichte machen könnte.

Ohnehin scheinen ganz andere Faktoren ausschlaggebend für den Erfolg<sup>20</sup> zu sein als eine lückenlose Überwachungsmaschine-

**Tomas Rudl**

**Tomas Rudl** ist in Wien aufgewachsen, hat dort für diverse Provider gearbeitet und daneben Politikwissenschaft studiert. Seine journalistische Ausbildung erhielt er im Heise-Verlag, wo er für die *Mac & i*, *c't* und *Heise Online* schrieb. Er ist unter +49-30-92105-9861 oder [tomas@netzpolitik.org](mailto:tomas@netzpolitik.org) (PGP-Key<sup>22</sup>) erreichbar und twittert mal mehr, mal weniger unter [@tomas\\_np](https://twitter.com/tomas_np).

rie: ein gut ausgebautes Gesundheitssystem etwa samt ausreichenden Testkapazitäten; handlungsfähige Behörden, die rasch eventuell Infizierte ausfindig machen und sie gegebenenfalls isolieren; und ein politisches System, das seinen Bürgern vertraut und umgekehrt<sup>21</sup>.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2020/die-krise-als-hebel-fuer-ueberwachung-und-kontrolle/>

## Anmerkungen

- 1 <https://www.derstandard.at/story/2000116068044/ungarn-vor-der-diktatur>
- 2 <https://privacyinternational.org/examples/tracking-global-response-covid-19>
- 3 [https://www.washingtonpost.com/world/middle\\_east/israel-turns-to-anti-terrorism-tools-in-battle-against-coronavirus/2020/03/15/3670bd94-66b9-11ea-b199-3a9799c54512\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/world/middle_east/israel-turns-to-anti-terrorism-tools-in-battle-against-coronavirus/2020/03/15/3670bd94-66b9-11ea-b199-3a9799c54512_story.html)
- 4 <https://www.timesofisrael.com/high-court-green-lights-phone-surveillance-after-knesset-oversight-panels-formed/>
- 5 <https://netzpolitik.org/2020/zeig-mir-deinen-standort-und-ich-sage-dir-ob-du-vielleicht-krank-bist/>
- 6 <https://netzpolitik.org/2020/jens-spahn-laesst-testballon-steigen/>
- 7 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/coronavirus-ueberblick-eu-grenzkontrolle-ausgangssperre-bussgelder>
- 8 <https://verfassungsblog.de/freiheitsrechte-ade/>

- 9 <https://www.france24.com/en/20200320-selfie-app-to-keep-track-of-quarantined-poles>
- 10 <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/03/when-disease-comes-leaders-grab-more-power/608560/>
- 11 <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/coronavirus/corona-verkehr-autobahn-polen-grenze-lkw.html>
- 12 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-03/coronavirus-osteuropa-ukraine-ungarn-polen-demokratie-pandemie-folgen/komplettansicht>
- 13 <https://www.politico.com/news/2020/03/05/trump-coronavirus-scientists-on-edge-122121>
- 14 Der Beitrag wurde am 26. März 2020 veröffentlicht.
- 15 <https://news.gallup.com/poll/298313/president-trump-job-approval-rating.aspx>
- 16 <https://www.politico.com/news/2020/03/21/doj-coronavirus-emergency-powers-140023>
- 17 <https://www.tagesspiegel.de/kultur/richard-sennett-zur-corona-krise-wir-muessen-wachsam-sein/25657932-all.html>
- 18 <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/06/more-scary-than-coronavirus-south-koreas-health-alerts-expose-private-lives>
- 19 <https://www.nytimes.com/2020/03/23/technology/coronavirus-surveillance-tracking-privacy.html>
- 20 [https://www.washingtonpost.com/world/europe/germany-coronavirus-death-rate/2020/03/24/76ce18e4-6d05-11ea-a156-0048b62cdb51\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/world/europe/germany-coronavirus-death-rate/2020/03/24/76ce18e4-6d05-11ea-a156-0048b62cdb51_story.html)
- 21 <https://netzpolitik.org/2020/durch-solidaritaet-koennen-wir-einen-ausnahmezustand-verhindern/>
- 22 <https://pgp.mit.edu/pks/lookup?op=get&search=0x745121858AE13A5D>



Julia Barthel

## Es fehlt die direkte Kommunikation Digitaler Unterricht in Zeiten von Corona

*Lernplattformen gibt es schon lange, die Coronakrise verlangt der Infrastruktur an den Schulen aber mehr ab. LehrerInnen und SchülerInnen müssen miteinander kommunizieren – am besten funktioniert das, wenn man sich gegenseitig sieht. Wir haben nachgefragt, wo es bereits Videokonferenzsysteme gibt.*

Mitte März wurde klar, dass die Schulen schließen müssen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Viele Schulen haben versucht, auf digitalen Unterricht umzustellen. Dazu greifen sie auf bereits bestehende Lernplattformen zurück, die, teils mit durchwachsenem Erfolg<sup>1</sup>, einen guten Teil der Aufgaben bewältigen können.

Dennoch haben selbst etablierte Werkzeuge ihre Defizite. Vor allem fehlen ihnen Tools zur direkten Kommunikation, etwa über Videotelefonie, und auch der Datenschutz hat nicht immer Priorität. Diese Situation kritisieren auch SchülerInnen selbst<sup>2</sup>.

Viele SchülerInnen fühlen sich alleine gelassen<sup>3</sup>: „Zwischen dem alleinigen Aufgaben erledigen und einer Unterrichtsstunde befinden sich Welten.“, erklärt Moritz Masch vom Brandenburger Schülerrat<sup>4</sup>. Die „gesamte Verantwortung für den Lernerfolg“ werde gerade den SchülerInnen aufgebürdet, schreibt die LandesschülerInnenvertretung NRW: „Hinzu kommt ein überfülltes Postfach von SchülerInnen und LehrerInnen, mit 20 Nachrichten, die alle bearbeitet und beantwortet werden müssen.“

Eine Kommunikationsplattform für individuelle Fragen<sup>5</sup> wünscht sich die Landesschülervertretung Thüringen, eigene E-Mail-Adressen für alle SchülerInnen fordert der Landesschülerrat Brandenburg.

### Solide Grundlage

Die meisten Bundesländer betreiben für ihre Schulen die Lernplattform „Moodle“<sup>6</sup> oder ein ähnliches System. Dort können NutzerInnen Material wie Aufgaben oder Dokumente austauschen und Arbeitsgruppen bilden. Baden-Württemberg stellt jeder Schule eine eigene Moodle-Instanz<sup>7</sup> zur Verfügung, Rheinland-Pfalz<sup>8</sup> ist nach eigenen Angaben selbst an der Entwicklung der Open-Source-Software beteiligt, in Bayern ist sie in das landeseigene System *mebis*<sup>9</sup> integriert.

Für Videokonferenzen mussten einige Länder kurzfristig die kommerzielle Video-Erweiterung *Webex* von Cisco kaufen, so in Berlin<sup>10</sup>, Schleswig-Holstein<sup>11</sup> oder Rheinland-Pfalz. Aller-